



sozialistische zeitung

-Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

Zeitung der Sozialistischen LinksPartei [SLP]

erscheint seit 1983

Nr. 192 a

September 2010

Preis: EUR 0,20

Solidaritätspreis: EUR 1,00

SLP wählen & jetzt aktiv werden!

von Sonja Grusch
SLP-Spitzenkandidatin

Der Wiener Wahlkampf kommt in die Endphase. SPÖ und ÖVP bemühen sich zu betonen, dass wir vor einem neuen Aufschwung stehen. Doch die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen sind nicht vorbei - das geben auch bürgerliche Ökonomen zu. Wenn die Wirtschaft wächst - warum hält die Bundesregierung an ihrem Kürzungspaket fest? Bei der Herbstlohnrunde müssen die Gewerkschaft ordentliche Erhöhungen erkämpfen statt faulen Kompromissen wie bei den ÖBB zuzustimmen. Auch wenn sich die SPÖ etwas sozialer gibt: Sie steht genauso für Stellenabbau und Kürzungen im Sozialstaat wie die ÖVP. Sie organisiert für keine einzige ihrer Forderungen. Und wird sie daher auch nicht durchbringen: Ihr soziales Gerede ist also nur Wahlkampfakt. Es ist wahrscheinlich, dass die SPÖ im wahrsten Sinne des Wortes mit einem blauen Auge davon kommt. Dass also die FPÖ massiv gewinnt, die SPÖ aber trotzdem an der Macht bleibt. Vielleicht wird sie für den Bürgermeisterstuhl die Unterstützung von ÖVP oder Grünen einkaufen müssen.

Doch schon in wenigen Wochen wird auch die Wiener SPÖ die Kürzungen der

Bundesebene an uns "weitergeben".

Kapitalismus: kein Naturgesetz

Nichts ist normal oder natürlich an der Profitgier des Kapitalismus. Der Reichtum, denn wir alle schaffen, der steht nur einer kleinen Minderheit zur Verfügung. In vielen Ländern wehren sich Menschen gegen diese Ausbeutung. Es gibt Demonstrationen, Streiks und andere Proteste gegen die kapitalistische Kürzungspolitik.

Die SLP will nicht immer nur ein "kleineres Übel" oder "Sachzwänge". Wir stehen für eine demokratische sozialistische Gesellschaft.

- ▶ Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Kosten der Krise. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.

- ▶ Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Für Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen &

Profiten bestimmt wird.

- ▶ Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Reformen können Krisen letztlich nicht verhindern - sie bekämpfen bestenfalls die negativen Auswirkungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Jetzt mit der SLP aktiv werden!

Die SLP kandidiert bei den Wahlen am 10. Oktober. Eine Stimme für die SLP ist ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Sozialabbau. Die SLP ist eine junge, sozialistische Partei ohne Privilegien und ohne Geld von Banken und Konzernen. Die SLP ist eine aktive Organisation zum Mitmachen. Wir organisieren u.a. die Proteste gegen die Luxusmesse der Superreichen im November. Wir sind der Ansicht, dass PolitikerInnen nicht mehr verdienen sollen als ein durchschnittlicher Arbeitnehmer. Wir wollen eine echte sozialistische Stimme in Bezirk und Gemeinde um aufzuzeigen, dass nicht Profite und kapitalistische Sachzwänge im Zentrum stehen.

- ▶ Werden Sie noch heute mit uns aktiv - in ganz Wien!



Die SLP fordert daher:

- ▶ Nein zu allen Sparplänen auf unsere Kosten!
- ▶ Wir brauchen betrieblichen

und gewerkschaftlichen Widerstand wie in Griechenland!

- ▶ Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Sub-

ventionen für Banken & Konzerne wollen wir Geld für Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & öffentlichen Verkehr.

Statt Teile & Herrsche: Gemeinsamer Kampf!

Zwei Themen dominieren den Wahlkampf: die sozialen Probleme und das "Ausländerthema". Die Hetze gegen MigrantInnen ist ein Ablenkungsmanöver der etablierten Parteien. Denn sie tragen die politische Verantwortung für steigende Arbeitslosigkeit, Armut und die Zerschlagung des Sozialstaates.

Am schlimmsten ist die Hetze der FPÖ. Mit einem aggressiven Minarett-"Spiel" und einem Cartoon, bei dem auf Menschen geschossen wird, sowie rassistischen Sprüchen wird der rechte Kurs der FPÖ fortgesetzt. Insbesondere im 20igsten Bezirk in Wien setzt die FPÖ stark auf "Anti-Islam". Hier wurde eine angebliche "Bürgerinitiative Dammstrasse" finanziell und ideologisch aufgepöppelt. Ihre Aktivitäten sind ein Einfallstor für gefährliche Neonazis. Mit dem Rassismus der FPÖ wird allerdings kein einziges Problem gelöst: die Situation für die AnrainerInnen in der Dammstrasse verschlechtert sich durch die Polarisierung. Von der Teile-und-Herrsche-Politik profitieren Unternehmen und Politik, aber für MigrantInnen UND die "gstandenen Österreicher" bringt sie real Nachteile. Denn wenn MigrantInnen in die Illegalität gedrängt werden und Menschen zweiter Klasse sind, dann sind sie erpressbar und können als Lohn-drücker eingesetzt werden. Nur wer gleiche und v.a. volle Rech-

te hat, kann diese wirkungsvoll verteidigen!

Wer allerdings hofft, mit Hilfe der anderen etablierten Parteien die rechten Hetzer von FPÖ und "BI" Dammstrasse zurück drängen zu können, der irrt. Die ÖVP versucht es Strache nach zu machen. Die Grünen wirken eher hilflos mit Appellen und dem Verweis auf den Wirtschaftsfaktor MigrantInnen. Und die SPÖ setzt seit Jahren FPÖ-Forderungen um: Verschärfungen im Asylrecht, Hausordnung in Wien,... Und offene Zusammenarbeit mit der FPÖ in z.B. Linz, wo ein rechts-außen FPÖler zum Sicherheitsbeauftragten gemacht wurde. Voves könnte sich in der Steiermark von der Kurzmann-FP in den Landeshauptmannsessel hieven lassen. Wer also etwas gegen rechts tun will, der ist eingeladen, mit der SLP aktiv zu werden. Wir fordern:

- ▶ Gleiche soziale und politische Rechte für alle Menschen die hier leben.
- ▶ Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme!
- ▶ Das Recht auf sofortige Staatsbürgerschaft (auch Doppelstaatsbürgerschaft) für alle, die in Österreich geboren werden. Weg mit langen Wartezeiten und hohen Kosten für die Staatsbürgerschaft für Menschen, die hier leben!

Veranstaltung am 6. 10 um 19.00

"Rassismus schafft keine Jobs - Geld für Soziales statt für Banken und Konzerne"

20; Gaussplatz 7 - Pizzeria La Piazza

SLP-Kundgebungen am 9.10.

um 11.00 - Hannovermarkt

um 13.00 - U6 Handelskai (Milleniumstower)

Treffen der SLP:

jd. Mo um 18.30 Jugendtreffen
7; Amerlinghaus, Stiftg. 8)

jd. Mi. um 19.00

20; Pizzeria La Piazza (Gausspl. 7)

Nein zur Zwangsarbeit!

von Michael Gehmacher
SLP-Kandidat

Arbeitslosigkeit ist eines der Hauptprobleme der heutigen Zeit. 2008/2009 wurden viele Vollzeitjobs gestrichen und LeiharbeiterInnen „abgebaut“. Die große Masse der Erwerbsarbeitslosen hat den Job im Zuge der kapitalistischen Krise oder durch Managementfehler verloren. Die Mindestsicherung ist keine Hilfe für arbeitslose Menschen. Die Mindestsicherung bedeutet für viele eine Verschlechterung und fördert ein Abrutschen in die Armut. Nun werden diese Menschen auch noch mit Zwangsarbeit bedroht! Wenn es nach Christine Marek (Staatssekretärin ÖVP) und FPÖ-Strache geht, sollen MindestsicherungsbezieherInnen zu Zwangsarbeit im Sozialbereich herangezogen werden können. Der alte reaktionäre Mythos vom „faulen Arbeitslosen“ wurde wieder bedient. Schlimm waren nach Mareks unmenschlichem Vorstoß auch die Reaktionen von SPÖ und ÖGB, die meinten, dass es „ja eh genug Sanktionsmöglichkeiten gebe“. Tatsächlich hat es in den letzten 12 Monaten 93.000 Sperren oder andere Kürzungen des AMS-Bezuges gegeben. Für viele Erwerbsarbeitslose eine soziale Katastrophe. Mit der Mindestsicherung wird der Druck vor allem auf SozialhilfebezieherInnen weiter verstärkt. Mareks Vorschlag ist auch eine Abwertung des Sozialbereichs. Die Zwangsbediensteten würden nur (derzeit schlecht bezahlte) Jobs ersetzen. Die KlientInnen sozialer Einrichtungen müssten sich von Leuten helfen lassen, die diese Arbeit gar nicht machen wollen. Wer will das seinem Kind oder seiner Oma antun? Klar gibt es viel Arbeit im Sozialbereich. Aber diese soll durch gut bezahlte und sozial abgesicherte KollegInnen erledigt werden. 2009/2010 gab es Bewegungen im Sozialbereich um Verbesserungen zu erkämpfen (z.B. den Kindergartenaufstand). Die SLP hat diese aktiv unterstützt und u.a. die Forderung nach 200 Euro plus auf alle Kollektivverträge des Sozialbereichs eingebracht.

Es gibt genug Geld bei den Superreichen, Banken und Konzernen. Mit diesem Geld wäre ein massiver Ausbau des Sozial- und Gesundheitsbereichs möglich.

Die SLP kämpft für:

- Ein menschenwürdiges Mindesteinkommen von 1.200 Euro netto bei Stipendien, Arbeitslosengeld, Pensionen und der neuen Mindestsicherung.
- Gegen Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung und Schikanen gegen Arbeitslose für ein unbefristetes Arbeitslosengeld
- Mindestlohn von 1.200 netto und Arbeitszeitverkürzung auf 30-Stunden pro Woche – das heißt Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle bei vollem Lohn

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: digiDruck, 1100 Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVC: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Ist die FPÖ eine soziale Heimatpartei?

Hinter Strache steht das große Geld

von Laura Rafetseder, SLP-Kandidatin

Die FPÖ behauptet in Hochglanz-Inseraten, für die sozial Schwachen zu stehen. Doch Strache verdient im Jahr mit ca. 200.0000 etwa 10x soviel wie das Durchschnittseinkommen. Wie soll er die Probleme einer Billa-Verkäuferin oder Putzfrau verstehen? Die FPÖ gibt nach eigenen Angaben vier Millionen für den Wahlkampf, Schätzungen sprechen aber eher von 7,8 Millionen Euro. Woher ist das Geld?

Wer zahlt schaff an

Die FPÖ hat sich zuletzt gegen vermögensbezogene Steuern ausgesprochen. In einem Kurier-Interview Ende August meinte Strache: „Ich bin gegen eine Reichensteuer. Es wäre verrückt, neue Stiftungsgesetze zu machen und ein Stiftungskapital von 60 Milliarden Euro zu gefährden. Das würde Österreich nicht weiterhelfen.“ Es ist noch offen, wieviel an den Korruptionsskandalen von Haider bis Grasser dran ist – aber die FPÖ ist lange nicht so „sauber“ wie sie uns weismachen will. Woher kommen die Millionen für die FPÖ-Wahlkämpfe? Haben hier etwa reiche Gönner per Spende nachgeholfen? Klar ist: „Wess' Brot ich ess, dess' Lied ich sing“. Die FPÖ vertritt nicht unsere Interessen. Sie vertritt die Interessen der Unternehmen. Der FPÖ-Wirtschaftssprecher Themessl fordert z.B. in einer Presseaussendung vom 11.8.'10 Einsparungen im Gesund-



heitsbereich und im öffentlichen Dienst sowie eine „Senkung der Lohnnebenkosten“ (=Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmen etc).

FPÖ für Zwei-Klassen-System!

Die FPÖ steht für ein Zwei-Klassen-System: Sozialleistungen nur für ÖsterreicherInnen – nichts für „Ausländer“. Das ist nicht nur zynisch, sondern auch gefährlich. Der Ausschluss von MigrantInnen aus dem Sozialsystem und führt zu einem Sozialdumping für alle. Denn wenn eine Gruppe der Gesellschaft schlechter abgesichert ist, drückt das das Niveau aller. Nur durch den Kampf für gleiche Rechte für alle in Österreich lebenden Men-

schen, kann verhindert werden, dass eine Gruppe der Bevölkerung gegen andere ausgespielt wird!

Die FPÖ gibt vor, gegen die kommenden Kürzungen der Regierung zu sein. Das ist es auch, was die FPÖ stark macht – die berechtigte Wut der Menschen auf die Politik der Regierung. Allerdings nutzt die FPÖ diese Stimmung für rassistische Hetze und nicht dafür, die Wut gegen die Verantwortlichen zu richten: die MillionärInnen, Konzerne und Superreichen. Wofür die FPÖ wirklich steht, zeigt sie bei der Mindestsicherung. Da fordern sie Zwangsarbeit für die BezieherInnen. „Bei Bedarfsspitzen sinnvoll und zumutbar, Langzeit-Mindestsicherungsbezieher für Hilfeleistungen heranzuzie-

hen“ - FPÖ-Aussendung

Was ist ehrliche Arbeit?

Dazu passt auch die Plakatserie „Wir belohnen ehrliche Arbeit – die SPÖ das Nichtstun“. Aber nicht Arbeitslose und Arme sind schuld an der Misäre. Die FPÖ fordert die Schwächung der Gewerkschaften und die Abschaffung der Kollektivverträge: das führt zu Lohnsenkungen. Sie will Privatisierungen - das vernichtet Jobs. Offensichtlich ist für die FPÖ nur die Arbeit ihres eigenen Klientels - HausbesitzerInnen, FPÖ-MandatarInnen und UnternehmerInnen - „ehrlich“. Denn nur denen nutzen die FPÖ-Forderungen.

In Kärnten hat das FPK/BZÖ vorgezeigt, was die wahre Sozialpolitik der Rechten ausmacht: Sozialleistungen kürzen und durch willkürlich verteilte Almosen ersetzen. Wir sagen: Bekämpft werden muss die Arbeitslosigkeit und nicht die Arbeitslosen!

Die SLP fordert

- einen Mindestlohn von 1.200 Euro netto
 - Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn, um die vorhandene Arbeit auf alle aufzuteilen
- Verursacher der Krise ist der Kapitalismus und nicht unsere migrantischen KollegInnen. Der Kampf gegen die FPÖ und Rassismus ist daher ein Kampf gegen den Kapitalismus und Sozialabbau – und für eine sozialistische Gesellschaft!

Wehrpflicht abschaffen?

von Franz Neuhold, SLP-Kandidat

Seit längerem werden Veränderungen im Bereich des Bundesheeres diskutiert. Für viele (männliche) Jugendliche wäre die Aufhebung der Wehrpflicht eine schöne Nachricht. Der Drill, die Vergeudung von Lebenszeit, die undemokratische Hierarchie, rechte Vorgesetzte, kaum Geld - positive Erinnerungen haben wenige. Und doch würde gerade die Beschränkung auf ein Berufsheer aus antimilitaristischer Sicht sogar einen Rückschritt darstellen.

Gegenwärtig stellt das österreichische Bundesheer eine Mischung aus zeitlich begrenztem Grundwehrdienst, Miliz- und Berufssoldaten dar. Eine wesentliche Schwächung der beiden ersten Teile steht - wie in fast ganz Europa - zur Diskussion. Für die PolitikerInnen der bürgerlichen Parteien dreht sich alles darum, "die Sicherheitslage den neuen Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts anzupassen".

Das ist durchaus ehrlich: denn das Bundesheer hat im wesentlichen zwei Aufgaben. 1) Menschen zu "formen" bzw. zu brechen und "anzupassen" - eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren im Kapitalismus an sich. 2) Die Verteidigung der Interessen der herrschenden Klasse. Das Heer hat noch nie Menschenrechte oder Demokratie verteidigt, sondern wirtschaftliche Interessen. Danach werden die Einsätze ausgesucht.

Aktuell treiben zwei Parteien eine Aufweichung der allgemeinen Wehrpflicht voran, wenn auch mit unterschiedlichem Tempo. ÖVP-Außenminister Spindelegger lieferte im September Vorschläge, die darauf hinauslaufen, dass die Wehrpflicht zu einer Lotterie wird. Einzelne Jahrgänge sollen von dieser ausgenommen werden, je nach staatlichem Bedarf. Der ehemalige Innenminister Strasser (ebenfalls ÖVP) wurde noch deutlicher: "Die all-



gemeine Wehrpflicht hat sich überlebt, das Bundesheer hat nichts mehr davon." Von undemokratischen Zuständen im Bundesheer und Schikanen gegen Wehrdiener kein Wort!

Am stärksten für ein Berufsheer setzt sich gegenwärtig jedoch die Grüne Partei ein. Der Grüne Sicherheitssprecher Peter Pilz kündigte im September bereits die Abhaltung eines Volksbegehrens an. Die Forderung nach Aufhebung der Wehrpflicht ist allerdings falsch verstandener Antimilitarismus. Der stärkste Fürsprecher dieser Abschaffung war jahrelang der mittlerweile tote und stets rechte Krone-Herausgeber Hans Dichand.

Abschaffung = Militarisierung!

Die angestrebte Verkleinerung des Bundesheeres, die im übrigen einen parlamentarischen Konsens darstellt, hat ihre Ursachen nicht vorrangig im Sparzwang. Der wesentliche Ansatz hinter einem Berufsheer lautet "Effizienz". Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und drohender sozialer und politischer Unruhen, ist das Bedrohungspotential für die kapitalistische Wirtschaftslogik ein verändertes. Genau gegen diese Effizienz kapitali-

stisch-staatlicher Gewaltausübung muss sich ein konsequenter Antimilitarismus stellen.

Ein verkleinertes (Berufs)-Bundesheer würde eine "Elitisierung" bedingen. Diese Eliten- und Spezialtruppenbildung wäre ein weiterer Bestandteil der allgemeinen Aufrüstung und Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas. Prinzipbedingt stellt ein Berufsheer ein größeres Sicherheitsproblem dar, da sich ein solches viel leichter gegen Massenbewegungen von ArbeiterInnen etc. einsetzen lässt, als ein Heer, in dem mehrheitlich die Söhne (und Töchter) ebendieser Menschen kurzfristig "dienen".

Die Abschaffung des Milizheeres ist der verständliche Wunsch vieler Jugendlicher - verschärft aber insgesamt die Militarisierung. Den gewaltigen Missständen im Bereich der Wehrpflicht (Bundesheer UND Zivildienst) müssen wir anders zuleibe rücken.

- Keine Benachteiligung für Zivis - Verkürzung der Zivildienstdauer!
- Mindestlohn von 1200 Euro netto und volle gewerkschaftliche Rechte für Wehr- und Zivildienstler!
- Wähl- und Abwählbarkeit der Vorgesetzten statt undemokratischer Hierarchien!

Wahlen in der Mark

Die steirischen Wahlen sind eine Ohrfeige für SPÖ und ÖVP. Ihre Verluste zeigt die Unzufriedenheit vieler über die herrschenden Zu- und Missstände. Dass sie nicht noch stärker verloren haben, spiegelt die Angst vor Veränderungen zum Unbekannten wieder und kein Vertrauen in ihre Politik.

Dass die FPÖ nach ihren Einbrüchen wieder über 10 % kommen konnte ist nicht verwunderlich. Der aggressive Rassismus (Stichwort: Minarettspiel) hat für viele kein Hindernis dargestellt, den "Blauen" die Stimme zu geben. Die SLP hatte nach der FPÖ-BZÖ-Spaltung 2005 davor gewarnt, das Problem als erledigt zu betrachten - und der neuerliche Aufstieg der Rechten bestätigt das. Nicht vergessen werden darf allerdings, dass die FPÖ weit hinter ihrem Nationalratswahlergebnis von 17,3% zurückblieb.

Grund dafür ist v.a. auch die Existenz einer linken Alternative - der KP-Steiermark. Sie erreichte über 4%, bzw. in Graz fast 10%. Die KP musste diesmal ohne ihr bekanntestes Gesicht, Ernest Kaltenegger, antreten. Angesichts dessen ist das Ergebnis trotz der Verluste zum letzten Mal ein Erfolg.

ABER: es wäre weit mehr möglich gewesen. Die KP betreibt in der Steiermark v.a. Politik in Form von Sozialarbeit. "Helfen statt Reden" ist ihr Slogan - besser wäre "Kämpfen statt Leiden". Es ist ihr nicht gelungen, WählerInnen zu AktivistInnen gegen die herrschende Politik zu machen. Um den Kampf gegen Rechts und gegen Rassismus macht die steirische KP in der Praxis einen großen Bogen. Das Thema wird einfach nicht angesprochen. Und damit auch ein großer Teil von ArbeiterInnen und sozial Schwachen einfach ignoriert - nämlich jene, die keinen österreichischen Pass haben.

Mit einer kämpferischen, antikapitalistischen und antirassistischen Politik hätte die KP die FPÖ in die Schranken verweisen können. Und zwar indem sie ganz real Menschen im Widerstand organisiert.